

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/65

Bonn, den 6. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1	<u>"Der Finanzminister ist ermächtigt ..."</u> Mit solchen Methoden läßt sich bequemer regieren Von Heinrich G. Ritzel, MdB	42
2	<u>"Unverantwortlich"</u> Noch ein Wort zum Thema "Parteienfinanzierung"	43
3	<u>1967 farbiger Fernseher in Europa ?</u> In Wien könnte 1965 die Entscheidung fallen	41
4	<u>Der gute Onkel und die Habenichtse</u> Erste "Erkenntnisse" auf der Welthandelskonferenz Von Bruno Kuster, Genf	44
5 - 6	<u>Auf Biegen und Brechen</u> Mao Tse-tung gegen Chruschtschow Von Erwin Erasmus Koch	93

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Der Finanzminister ist ermächtigt ..."

Mit solchen Methoden läßt sich bequem regieren

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Das Etatrecht zählt zu den vornehmsten Rechten und zu den wichtigsten Pflichten einer demokratischen Volksvertretung. Die aus der Weimarer Zeit stammende "Reichshaushaltsordnung" enthält eine Reihe von Vorschriften, die einer Vollmachtenwirtschaft der Regierung im Wege stehen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat wiederholt aber vergeblich eine Fortentwicklung der Reichshaushaltsordnung im Sinne einer modernen Demokratie gefordert. Das Gegenteil ist eingetreten. Das zu jedem Bundeshaushalt gehörige Gesetz, das sogenannte "Haushaltsgesetz" wird von der Bundesregierung in ständig steigendem Maße dazu benutzt, geltendes Recht der Reichshaushaltsordnung stillzulegen und durch Vollmachten zu ersetzen.

Im Jahre 1963 kam es zu scharfen Protesten der sozialdemokratischen Abgeordneten des Haushaltsausschusses, als die Regierung durch die Einführung eines bisher unbekanntem Begriffs sogenannte "Umschichtungen" im Verteidigungshaushalt eine ganz andere Verwendung der vom Bundestag für bestimmte Zwecke bewilligten hohen Millionenbeträge vorschlug und mit Hilfe der ihr ergebenen Regierungsmehrheit durchsetzte.

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes zum vorliegenden Etatentwurf 1964 veranlaßte den Finanzexperten der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion Dr. Alex M ö l l e r, bei der ersten Beratung des sehr verspätet eingebrachten Haushaltsentwurfs für das laufende Jahr scharfe Kritik an dieser Art von Vollmachtenwirtschaft zu üben.

In der Tat winkelt es in dem geplanten Haushaltsgesetz von Ermächtigungen, Vollmachten und damit Abweichungen von den natürlichen Rechten der Volksvertretung selbst. Es ist ein schwacher Trost, nein, es ist überhaupt kein Trost, daß ein Teil dieser Ermächtigungen nicht dem Bundesfinanzminister, sondern dem Haushaltsausschuß erteilt werden sollen.

Dieses System macht den Haushaltsausschuß zu einer Art von Überausschuß, es dezimiert die Bedeutung der Fachausschüsse und schaltet das Parlament selbst weitgehend aus. Weittragende Beschlüsse werden von der hohen Bürokratie vorbereitet, mit den Vertretern der Regierungsparteien im Haushaltsausschuß vorbesprochen und dann im Haushaltsausschuß hinter verschlossenen Türen gegen den Willen der Opposition beschlossen.

So untergräbt man das parlamentarische System, so unterminiert man die Demokratie! Mit solchen Methoden läßt sich bequem regieren! Es ist erstaunlich, daß berufene und unberufene Bildner der öffentlichen Meinung hierzu noch kein kritisches Wort gefunden haben. Aber es besteht kaum die Möglichkeit eines Zweifels darüber, daß selbst die Mehrheit des Deutschen Bundestages diese antidemokratische Entwicklung des parlamentarischen Haushaltsrechts widerspruchslos schlucken wird.

"Unverantwortlich"

Noch ein Wort zum Thema "Parteienfinanzierung"

sp - Das Präsidium der SPD hat am vergangenen Wochenende noch einmal die von den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP im Haushaltsausschuß g e g e n die sozialdemokratischen Stimmen beschlossene Erhöhung der Bundesmittel für die Parteien von 20 auf 38 Millionen Mark pro Jahr als unverantwortlich bezeichnet.

Dieser Ausdruck ist hart aber richtig. Es ist unverantwortlich, gerade in einem Zeitpunkt, in dem alle anderen Etats gekürzt werden, um das Haushaltsvolumen nicht zu überschreiten, und sogar wichtige Haushaltsmittel für das Gesamtdeutsche Ministerium gestrichen werden, die Gelder für die Parteien um 90 Prozent zu erhöhen. Unverantwortlich ist auch das gesamte Verfahren der Parteienfinanzierung durch den Staat, weil dadurch die Bereitschaft der Bürger, in den Parteien mitzuarbeiten und an der politischen Willensbildung beteiligt zu sein, nicht gestärkt, sondern geschwächt wird.

- \* Die Regierungsparteien haben in der Öffentlichkeit und auch
- \* intern ihre Haltung mit dem Hinweis darauf begründet, sie
- \* hätten im Gegensatz zur SPD zu wenig Mitglieder, um mit Hil-
- \* fe von Mitgliederbeiträgen die ihnen notwendig erscheinenden
- \* staatspolitischen Aufgaben übernehmen zu können. Das ist
- \* sicher richtig; aber warum soll der Steuerzahler jetzt da-
- \* für bestraft werden, daß diese Parteien bisher nicht soviel
- \* Anziehungskraft entwickelten, um nennenswerte Mitglieder-
- \* zahlen und damit auch entsprechende Mitgliederbeiträge zur
- \* Finanzierung ihrer Arbeit aufweisen zu können?

Soweit es sich um staatliche Gelder für die staatsbürgerliche Bildungsarbeit handelt, ist nicht einzusehen, warum man die Verwendung solcher Mittel nicht bis ins Letzte rechenschaftspflichtig machen kann. Auch die Rechnungslegung von Spenden bis zu einer bestimmten Höhe sollte nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Unerträglich ist jedoch, wenn der Versuch gemacht werden sollte, die Gesamtfinanzierung der politischen Parteien in einer Weise zu "regeln", daß der Bürger am Ende jede Übersicht über das Finanzgebaren der Parteien verlieren muß.

Die Unverantwortlichkeit der Verhaltensweise der Regierungsparteien kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß man von dieser Seite wenig oder überhaupt nichts davon hört, wie man sich die Schaffung eines Parteiengesetzes, das im Grundgesetz vorgesehen und längst fällig ist, vorstellt. Hier könnten die notwendigen gesetzlichen Regelungen erfolgen, die dem Staatsbürger das sichere Gefühl geben, daß es in seinem Staat korrekt zugeht.

1967 farbiges Fernsehen in Europa ?

In Wien könnte 1965 die Entscheidung fallen.

lg - Wien

Die Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik arbeiten darauf hin, daß ihre Fernsehstationen ab 1967 farbige Fernsehprogramme ausstrahlen können. Es wird ferner davon ausgegangen, daß das Bedürfnis nach dem Farbfernsehen dann so groß ist, daß die Rundfunkindustrie Farbfernsehempfänger in Großserien für einen Preis anbieten kann, der nicht über 2 500 DM liegt.

Konferenz der Experten aus Ost und West

Für April 1965 ist eine internationale Konferenz der technischen Rundfunkexperten in Wien vorgesehen. Dort soll endgültig entschieden werden, daß im gesamten großeuropäischen Raum auch für das Farbfernsehen das 625-Zeilen-Bild zur Anwendung kommt. Schon auf der letzten Konferenz in London hatten die Vertreter von England und Frankreich zu verstehen gegeben, daß sie ihre Sendeanlagen in absehbarer Zeit auf 625 Zeilen umgestalten wollen.

An der Wiener Konferenz werden auch die Länder des Ostblocks sowie die Sowjetunion teilnehmen, wo es bereits das 625 Zeilen-Bild gibt. Ferner wollen sich die vorderasiatischen Staaten und die des südlichen Mittelmeerrandes beteiligen. Die größten Schwierigkeiten mit der Umstellung dürfte jedoch Großbritannien haben, wo bereits Fernsehprogramme mit farbigem Bild ausgestrahlt werden, aber nicht das 625 Zeilen-Bild zur Anwendung kommt.

Wie weit sind die deutschen Fernsehanstalten ?

Die Sendeanlagen der deutschen Fernsehanstalten sind zum Teil schon heute in der Lage, farbige Programme auszustrahlen. Die Ausstrahlungsqualität der Wellen wird derart sein, daß sie ohne weiteres mit den gängigen Schwarz-Weiß-Empfängern ohne Beeinträchtigung der Bildqualität auch in schwarz-weiß empfangen werden können. Die Farbfernsehempfänger, die ab 1967 auf den Markt kommen werden, sind gleichfalls geeignet, herkömmliche Schwarz-Weiß-Programme zu empfangen.

Diese Ansprüche sowohl an die Qualität der Sender als auch an die der Empfänger sollen gleichfalls in Wien skizziert werden.

Bundesrepublik und Zone könnten "gleichschalten"

Das 625-Zeilen-Bild gilt übrigens sowohl in der Bundesrepublik als auch in der sowjetisch besetzten Zone. Gegenwärtig werden rund 70 Prozent der Rundfunk- und Fernsehempfänger der Zone mit den Programmen aus der Bundesrepublik und Westberlin bestirrt. Dieser Bereich der Zone wird ab 1967 gleichfalls in den Genuß des farbigen Fernsehempfangs aus dem Westen kommen können, weil auch in der Zone erhebliche Anstrengungen zur Ausstrahlung farbiger Programme gemacht und Farbfernsehempfänger entwickelt werden. Da aber auch dreißig Prozent der Bundesrepublik von den ostzonalen Anstalten erreicht werden, dürfte es dann auch möglich sein, die dortigen Programme im Westen zu empfangen, falls es die Fernsehzuschauer in der Bundesrepublik nicht vorziehen, die Geräte umzuschalten.

## 1967 farbiges Fernsehen in Europa ?

In Wien könnte 1965 die Entscheidung fallen

Ig - Wien

Die Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik arbeiten darauf hin, daß ihre Fernsehstationen ab 1967 farbige Fernsehprogramme ausstrahlen können. Es wird ferner davon ausgegangen, daß das Bedürfnis nach dem Farbfernsehen dann so groß ist, daß die Rundfunkindustrie Farbfernsehempfänger in Großserien für einen Preis anbieten kann, der nicht über 2 500 DM liegt.

### Konferenz der Experten aus Ost und West

Für April 1965 ist eine internationale Konferenz der technischen Rundfunkexperten in Wien vorgesehen. Dort soll endgültig entschieden werden, daß im gesamten großeuropäischen Raum auch für das Farbfernsehen das 625-Zeilen-Bild zur Anwendung kommt. Schon auf der letzten Konferenz in London hatten die Vertreter von England und Frankreich zu verstehen gegeben, daß sie ihre Sendeanlagen in absehbarer Zeit auf 625 Zeilen umgestalten wollen.

An der Wiener Konferenz werden auch die Länder des Ostblocks sowie die Sowjetunion teilnehmen, wo es bereits das 625 Zeilen-Bild gibt. Ferner wollen sich die vorderasiatischen Staaten und die des südlichen Mittelmeerrandes beteiligen. Die größten Schwierigkeiten mit der Umstellung dürfte jedoch Großbritannien haben, wo bereits Fernsehprogramme mit farbigem Bild ausgestrahlt werden, aber nicht das 625 Zeilen-Bild zur Anwendung kommt.

### Wie weit sind die deutschen Fernsehanstalten ?

Die Sendeanlagen der deutschen Fernsehanstalten sind zum Teil schon heute in der Lage, farbige Programme auszustrahlen. Die Ausstrahlungsqualität der Wellen wird derart sein, daß sie ohne weiteres mit den gängigen Schwarz-Weiß-Empfängern ohne Beeinträchtigung der Bildqualität auch in schwarz-weiß empfangen werden können. Die Farbfernsehempfänger, die ab 1967 auf den Markt kommen werden, sind gleichfalls geeignet, herkömmliche Schwarz-Weiß-Programme zu empfangen.

Diese Ansprüche, sowohl an die Qualität der Sender als auch an die der Empfänger, sollen gleichfalls in Wien skizziert werden.

### Bundesrepublik und Zone könnten "gleichschalten"

Das 625-Zeilen-Bild gilt übrigens sowohl in der Bundesrepublik als auch in der sowjetisch besetzten Zone. Gegenwärtig werden rund 70 Prozent der Rundfunk- und Fernsehempfänger der Zone mit den Programmen aus der Bundesrepublik und Westberlin bestritten. Dieser Bereich der Zone wird ab 1967 gleichfalls in den Genuß des farbigen Fernsehempfangs aus dem Westen kommen können, weil auch in der Zone erhebliche Anstrengungen zur Ausstrahlung farbiger Programme gemacht und Farbfernsehempfänger entwickelt werden. Da aber auch dreißig Prozent der Bundesrepublik von den ostzonalen Anstalten erreicht werden, dürfte es dann auch möglich sein, die dortigen Programme im Westen zu empfangen, falls es die Fernsehzuschauer in der Bundesrepublik nicht vorziehen, die Geräte umzuschalten.

## Der gute Onkel und die Habenichtse

Von Bruno Kuster, Genf

Die ersten "Erkenntnisse" auf der Welthandelskonferenz in Genf sind bereits sichtbar. UNO-Generalsekretär U Thant hat sie mit der Frage formuliert, "wie lange noch werden wir den blinden Kräften der Wirtschaft gestatten, die menschlichen Beziehungen zu beherrschen?".

### "Bonbons" für artige Kinder?

"Übersehen" wird die Tatsache, daß das "natürliche Gefälle" des Welthandels die wohlhabenden Länder noch reicher, die armen aber noch ärmer werden läßt. Auf dieses Gefälle, das die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonialperiode ist, haben die Entwicklungsländer nur einen sehr geringen Einfluß. Es zu ändern, liegt in der Macht der Industriestaaten, die für sich selbst alle möglichen Schutzmaßnahmen beanspruchen, aber sogleich eifrig die Fahne des Neoliberalismus schwenken, sobald sich die Schwachen gegen die "blinden Kräfte" der Wirtschaft zur Wehr setzen.

Es wäre verhängnisvoll, wenn in den Industriestaaten eine Mentalität des reichen Onkels aufkäme, der je nach Lust und Laune Bonbons verteilt und von seinen Kaffern und Nichten dafür nicht nur artiges Benehmen, sondern auch unterwürdigste Dankbarkeit erwartet. Die Arbeit, in der zwei Drittel der Menschheit leben, bedroht den Frieden der ganzen Welt, und auch den Wohlstand der prosperierenden Minderheit. Wenn heute noch zu häufig mit Herablassung von der Begehrlichkeit der Habenichtse gesehelt wird, so ist es höchste Zeit, sich endlich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die angeblich maßlosen Forderungen der Entwicklungsländer im ureigensten Interesse einer anhaltenden Wirtschaftsexpansion auch der Industriestaaten liegen.

### Eine Milchmädchen-Rechnung

Die angeblich arrogante Forderung der Entwicklungsländer besteht ganz einfach darin, mehr zu verkaufen, um die für ihre Modernisierung benötigten Güter kaufen - nicht erbetteln, - zu können. Eine vernünftigerere kaufmännische Haltung kann man sich kaum vorstellen. Sie wünschen, mehr Devisen zu verdienen, um damit in den Industriestaaten mehr Waren kaufen zu können. Jedes handelspolitische Entgegenkommen an die Entwicklungsländer wird sich folglich durch eine Ausweitung des Exports bezahlt machen. Nur auf dem Wege über die Ausdehnung des gegenseitigen Handels können die gewaltigen Märkte Asiens, Afrikas und Lateinamerikas erschlossen werden.

Was bedeutet das? Heute verfügen zwei Drittel der Weltbevölkerung überein Fünftel des Welteinkommens. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Afrika und im Fernen Osten liegt bei 100 Dollar, in West-Asien und Lateinamerika anderthalb bis dreimal höher. In Westeuropa aber ist es zehnfach und in Nordamerika zwanzigmal höher. Die Überwindung dieser enormen Einkommensunterschiede, die ständig noch größer werden, wäre deshalb das glänzendste Geschäft der Geschichte, ein Unterpfand für Vollbeschäftigung auf Jahrzehnte hinaus. Um es aber zustande zu bringen, müssten die "blinden Kräfte" der Wirtschaft zielbewußt in den Dienst der Entwicklung gestellt werden.

## Auf Biegen und Brechen

Mao Tse-tung gegen Chruschtschow

Von Erwin Erasmus Koch

Chruschtschow, "der größte Kapitulant der Geschichte", eine Ausdrucksweise, die zweifellos dem Vokabular Mao Tse-tungs entstammt, muß sich seiner Haut gegenüber den an Schärfe kaum noch zu überbietenden Angriffen der Chinesen wehren. Die Frage steht offen, ob es über kurz oder lang zu einem diplomatischen Bruch zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion kommen wird. Der weltbekannte britische Historiker Arnold J. Toynbee sagt unterdessen im Rahmen einer Analyse über die kommenden weltgeschichtlichen Ereignisse die Zerstörung der nuklearen Zentren Rotchinas durch die UdSSR unter Billigung der USA voraus. Ein Diplomat des Peking-Regimes, einer der prominenten Vertreter des "Reiches der roten Mitte" in einer der Hauptstädte des NATO-Bündnisses, erklärte ausführlich während einer Unterredung, daß Chruschtschow "das kommunistische Klima verpestet".

Darauf keine an diesen Diplomaten gerichtete weitere Frage (die journalistische Fairneß verbietet es, seinen Namen zu nennen): "Wird die unterschiedliche Auffassung der kommunistischen Ideologie der Partei Ihres Landes zu jener der Sowjetunion eine erneute Spaltung der kommunistischen Bewegung und damit auch die Spaltung des Ostblocks bedeuten?"

Die Antwort: "Wir hegen keine feindseligen oder auch nur unfreundlichen Gefühle gegen die mit uns verbündete sowjetische Nation. Sollte der Westen hoffen, daß sich die kommunistische Mächtigegruppierung demnächst auflöst, der kapitalistische Imperialismus würde sich sehr enttäuscht sehen. - Die einzig richtige, kompromißlose chinesische Auffassung des Marxismus-Leninismus verlangt jedoch, daß der Opportunist Chruschtschow aus der Führung der kommunistischen Weltbewegung und selbstverständlich auch der russischen kommunistischen Parteientfernt wird. Chruschtschow hat die Diktatur der Volksdemokratie an die Mächte des imperialistischen Westens verraten. Er konspiriert mit ihnen. Zwischen Kommunisten und den kapitalistischen Imperialisten kann es keine friedliche Koexistenz geben."

Der Diplomat führte in einzelnen aus, daß "Revolution mit Gewalt das grundlegende Gesetz des proletarischen Umsturzes" sei. "Die vom Geiste Chruschtschows geprägten Erklärungen zu den Fragen des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus nach den Erklärungen von 1957 und 1960 sind zu widerrufen!" Ich warf ein, daß immerhin Tschou En-lai erst vor kurzem die friedliche Koexistenz, die weltweite Abrüstung voraussetzt, bejaht habe. Der Chinese entgegnete:

"Selbstverständlich, doch gilt das nicht, wenn sich Männer wie Chruschtschow mit den USA insgeheim zur Errichtung einer nuklearen Hegemonie über die Welt verbünden. Es hat bisher in der bekannten Geschichte der Menschheit nur zwei Kriege globalen Ausmaßes gegeben. Auch die Volksrepublik China würde den dritten Weltkrieg verabscheuen. Dennoch kann die friedliche Koexistenz nicht den Verzicht auf kommunistische Revolutionen bedeuten. Allein deshalb muß die Sowjetunion wieder der marxistisch-leninistischen Linie vorbehaltlos folgen."

Soweit die Kernsätze dieses Gesprächs. Es schloß im übrigen mit der Erörterung der territorialen Forderungen Rotchinas an die UdSSR. Darüber werde zunächst verhandelt. Jedenfalls werde sich China nicht mit den "ungleichen Verträgen" seit dem ersten Opiumkrieg zufriedengeben.

Unterdessen erfolgte die offizielle rotchinesische Kampfansage gegen Chruschtschow in der Pekinger "Volkszeitung" und der Pekinger "Roten Fahne". Chruschtschow wiederum erhielt vom ungarischen Regierungschef Kadar in Budapest das Treuebekenntnis Ungarns und das Lob auf die "ideologische Festigkeit der sowjetischen Bruderpartei".

In Moskau steht weiter ein Treffen der kommunistischen Führer Lateinamerikas, Afrikas, Australiens, Asiens und Europas aus Anlaß des 70. Geburtstages Chruschtschows bevor. Ein 600 Seiten umfassendes dokumentarisches Werk der Kommunistischen Partei der Sowjetunion soll zugleich oder wenige Wochen später die Auseinandersetzung mit Rotchina ins richtige Licht rücken. Das Spaltertum falle auf eine "gewisse Bruderpartei" zurück. Die sowjetische Dokumentensammlung soll die pro-chinesischen Flügel innerhalb der kommunistischen Weltbewegung zur Abkehr und auf der Moskau-Kurs bringen. Anfang des nächsten Jahres könnte dann eine "Weltkonferenz" der kommunistischen Parteien zusammentreten und die Mao Tse-tung-Ideologie brandmarken.

Es ist nicht ganz sicher, ob Chruschtschow dabei die kommunistische Einigung und die Anerkennung der weltweiten Führung des Kommunismus durch die Sowjetunion erreichen wird. Die kommunistischen Parteien Asiens, einiger Länder Afrikas und Lateinamerikas sind gewiß nicht zu einer bedingungslosen Unterordnung unter den Kreml bereit. Das kommunistische Schisma würde also durch eine solche "Weltkonferenz" nur noch deutlicher werden. Wenn jetzt trotzdem von der Einberufung der Konferenz die Rede ist, so darf davon ausgegangen werden, daß Moskau noch einige Trümper in der Hand hält.

Die jüngsten Ereignisse machen es deutlich, daß Mao Tse-tung mit den offen gezielten Schlägen auf Chruschtschow die Entscheidung für seine Auslegung des Marxismus-Leninismus erzwingen will, selbst um den Preis einer weitergreifenden Spaltung. Denn an sich ist sie ja bereits vollzogen. Da die Chinesen überdies mit aller Deutlichkeit betonen, daß ihre zwischenstaatlichen Beziehungen zu den Sowjets durch die ideologische Auseinandersetzung und den "Bruch Hundertervon Verträgen" berührt werden, spricht die Wahrscheinlichkeit gleichfalls für ein "Einfrieren" der diplomatischen Verbindungen. Es sei denn, Chruschtschow würde abtreten.

Diesem offensichtlich sich anbahnenden politischen Zerwürfnis der Volksrepublik China mit der Sowjetunion steht die militärische Allianz entgegen. Doch die Chinesen wissen neuerdings, daß sie durch ihren Verbündeten keine nuklearen Waffen erhalten würden. Arnold J. Toynbee, der weltbekannte Historiker, empfiehlt sogar in einem Interview die Vernichtung der Produktionszentren atomarer Waffen durch die militärische Kooperation der USA und der UdSSR. Käme es dazu, so wäre zwar das Problem China keineswegs gelöst. Aber die Theorie der friedlichen Koexistenz hätte ihre letzte Konsequenz erfahren.